

Anzeigenpreise: Die 7gespaltene mm-Zelle 25 Pf., die 4gespaltene Reklame-mm-Zelle im Text 60 Pf. — Reklamationen nur bis 8 Tage nach Erscheinen zulässig. — Belegexemplare nur auf Verlangen gegen Portosatz. — Für Fehler durch undeutliches Manuskript keine Haftung. — Bei Einziehung durch Gericht od. i. Konkursverfahren, fällt der berechn. Rabatt fort.

Bezugspreis Mark 1.— monatlich. — Anzeigenannahme: Berlin SW 41, Friedrichstr. 16, neben der Gärtnermarkthalle. — Die Schließungsanzeigen sind von der Veröffentlichung ausgeschlossen. — Der Auftraggeber gibt durch die Aufgabe des Inserats sein Einverständnis ab, Preise unter der Schließungspreisgrenze der Verbände wegzulassen. — Erfüllungsort: Berlin-Mitt.

Der Gartenbauwirtschaft

Berufsständische Wirtschaftszweigung des deutschen Gartenbaus
Einflussreich des Feldmäßigen Obst- und Gemüsebaus

HERAUSGEBER: REICHSVERBAND DES DEUTSCHEN GARTENBAUES E.V. BERLIN NW. 40 · VERLAG: GÄRTNERISCHE VERLAGS-GESellschaft M.B.H. BERLIN SW. 48

Nr. 7 | 45. Jahrgang der Sonderzeitung | Berlin, Donnerstag, den 13. Februar 1930 | Erscheint wöchentlich | Jahrg. 1930

Aus dem Inhalt: Vortrag Schröder — Beim Kauf von Blumenzwiebeln — Vorsicht! — Eignung des Torfstreuendüngers — Deutsche Winterblumen — Frogeleisen — Kann der deutsche Gemüse- und Obstbau noch den steigenden Inlandsbedarf decken? — Aufrechnung von Forderungen zwischen Arbeitsvertragsparteien — Die Sonntagshunde — Aus den Landesverbänden und Bezirksgruppen — Marktfruchtplan.

„Es ist Pflicht der Selbsterhaltung, daß jeder einzelne sich hinstellt in den Kampf gegen die öffentliche Hand und nicht tatenlos beiseite steht und nur schimpft!“

(Schröder-Kreis in seinem nachstehend auszugswise wiedergegebenen Vortrag, gehalten bei unserer Protokollversammlung am 1. Februar in Berlin)

Die stark zunehmende wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand, die wir in den letzten zehn Jahren in Deutschland erleben, ist zweifellos eine der größten Folgenerscheinungen des Weltkrieges. Die im Kriege teilweise notwendige Zwangswirtschaft wurde in den Nachkriegsjahren Mittel zum Zweck der Durchsetzung politischer Machtsverhältnisse. Revolution und neues Wahlrecht brachten eine Verlagerung der politischen Macht in eine Richtung, die zielbewußt und sah auf die Anschaffung der Privatwirtschaft und deren Erhaltung durch die Gemeinwirtschaft hinwirkte.

Dem gegenüber stand das Bürgertum in zehem Ringen um den Wiederaufbau der Wirtschaftsgrundlagen, die es nach wie vor in selbständigen Betrieb, in der freien Unternehmerrwirtschaft sah. Man ließ den andern die Politik und erschröckte sich in negativem Rückblick auf die vergangene Herrschaft, ergriff tatenlos die Initiative zum Wiederaufbau des Vaterlandes zu lassen.

So war es möglich, daß die Auffassungen über das, was an Wirtschaftsbetrieben der öffentlichen Hand notwendig und für die freie Wirtschaft tragbar war, in weiten Kreisen des Volkes sich sehr veränderten und man ohne Widerstand eine Entwertung hinnaus, die in traurigen Gegensatz zu unserer immer noch geltenden Wirtschaftspolitik stand.

Die Entwicklung kam dem an sich verständlichen Bestreben der Gartenbauern entgegen, durch Erweiterung des Aufgabenspektrums eine Erhöhung des Einkommens der Stellung — und damit der Gehaltsklasse — herbeizuführen. Sie waren daher, namentlich in den Großstädten, meist Förderer der öffentlichen Wirtschaftsbetriebe, anstatt sie im Interesse des Berufsstandes mit uns zu bekämpfen und sich die Verschärfung ihrer Verwaltungsgaranten mit uns zusammen zu erziehen.

So erlebten wir gerade auf gartenbaulichem Gebiete eine Leberpannung der Aufgaben, eine Aufblähung der öffentlichen Betriebe, die weit über den Rahmen des Notwendigen hinausging und eine Überbetätigung des sozialen Gedankens darstellte, die schließlich zu einer allmählichen Sozialisierung des gesamten Berufsstandes führen muß. Das aber muß und wird verhindert werden.

Es gilt, dem letzten Berufsgruppen, es gilt, vor allem der Öffentlichkeit, die Gefahr in ihrem ganzen Ausmaß aufzuzeigen, um sie an dem Abwehrkampf zu beteiligen.

Wie groß die Gefahr ist, mag an einigen Berliner Beispielen erläutert werden. Im Jahre 1912 wurde als Erfolg für die Stadtgärtnerei im Humboldthain eine viel größere Gärtnerei mit ausgedehnten Gewächshausanlagen im Schnitzgarten-Blankenfelde angelegt. Die Gärtnerei im Humboldthain wurde aber erst im Jahre 1928 verkauft und bis dahin walt in Betrieb gehalten. Während der ganzen Zeit war Berlin mit Stadtgärtnereien in allen Bezirken überversorgt, so daß die Ergebnisse aus dem großen neuen Betrieb in Blankenfelde verkauft werden mußten. Anstatt nun nach Eingehen der Gärtnerei im Humboldthain sich mit dem Betrieb Blankenfelde zu begnügen, beschloß man, aus dem Verkaufserlös noch einen neuen Betrieb für den Bezirk Wedding zu errichten und bewilligte dafür RM. 200.000.—, trotzdem der zuständige Gartenbauinspektor erklärte, daß die Gärtnerei Blankenfelde für Versorgung des Bezirkes Wedding vollkommen ausreichte.

Wie bewußte Sozialisierung und Konkurrenz für den selbständigen Gärtnereibetrieb.

Verkauf an Private wird auch betreiben an den Gärtnereien der Bezirksämter Grünwald, Schönberg, Neudölln u. a., sowie aus dem Staatsbetrieb Sandhofen.

Das sind nur wenige Beispiele, die sich aus dem Reich beliebig ergänzen lassen. Erinnert sei hier auch nur an den ausgedehnten Baum- und Obstbau in der Stadt Rülheim (Nahp), deren

Kataloge und Staudenofferten nicht nur an alle Verwaltungen, sondern auch an zahllose Private verschickt wurden. Dort hat man sich im wesentlichen davon überzeugt, daß der Betrieb unrentabel ist und baut ihn ab.

Ein weiteres Beispiel aus anderem Gebiete: Das Bezirks-Werkamt Schönberg führt nicht nur seine gesamten Anlagen in eigenen Regiebetrieben aus, sondern bewilligte sich auch um Privatunterträge. Im Jahre 1928 reichte es der gemeinnützigen Baugesellschaft Hertrich ein Angebot ein, auf Ausbesserung der Gartenanlagen an der Siedlung Kundenskrasse. Nur durch den energischen Widerstand der selbstständigen Gartenbauern konnte das Eingreifen des Reichsverbandes konnte die Übertragung der umfangreichen Arbeit an die öffentliche Hand verhindert werden.

Im Gegensatz zu diesem Bestreben, in die Privatwirtschaft einzudringen, erheben wir die Forderung auf Abbau der Regiebetriebe und Übertragung der Arbeiten an den freien Beruf durch öffentliche Auftragsvergabe auf Grund der Reichsverbandsverordnung.

Wie können durch Beispiele beweisen, daß dieses Verfahren billiger ist und mindestens gleichwertige Ergebnisse erzielt. Ich verweise auch hier wieder auf die Art der Vergabe gärtnerischer Arbeiten in Köln an den freien Beruf, die vom Kollegen Rudolf Kausch auf dem Gartenbaukongress 1929 eingehend dargestellt wurde. Dabei ist Köln die Stadt in Europa, die in der Nachkriegszeit die umfangreichsten Gartenanlagen geschaffen hat, und wenn der Kölner Stadtgärtnerdirektor Sieben vor seinen Kollegen offen erklärte, daß er mit diesem System weitaus besser und billiger gearbeitet habe, als das in eigener Regie möglich gewesen wäre, so darf man auf Grund seiner Erfahrungen gewiß die Nützlichkeit unserer Behauptungen als erwiesen ansehen. Ist aber einmal der Beamtenapparat für den Regiebetrieb geschaffen, sind Einrichtungen und Gerätepark vorhanden, dann muß naturgemäß dieser ganze Betrieb auch „ausdüngele“ beschliffen werden, und manche Arbeit wird in Angriff genommen, deren Kosten man heute besser sparen sollte, und manche Aufgabe wird übernommen, die früher der freien Wirtschaft vorbehalten war.

Eine neue große Gefahr bildet die allmähliche Verstaatlichung der „ausgedüngele“ Gärtnereien.

Sie werden vornehmlich den Gartenämtern überwiesen, und mit diesem Heer von Leuten wird nun auch noch der Rest des vom freien Beruf verbliebenen Vermögensgutes übernommen.

Bei all diesen Experimenten wird nicht bedacht, daß sie außer der „nackten“ Lohnarbeit bei nur 20-40% normaler Arbeitsleistung auch erhebliche allgemeine Verluste verursachen, die natürlich auf ganz anderen Titeln verbucht werden, und schließlich zu der gewaltigen Verteuerung unserer öffentlichen Verwaltung beitragen. Keine Aufträge an die Privatwirtschaft, sondern ungleiche Konkurrenz und Steuerfreiheit auf der einen Seite — Wägung der privaten Betriebe und steigende Beschäftigungslosigkeit bei steigenden Löhnen und Steuern auf der anderen Seite — das ist das Resultat der Wirtschaftspolitik unserer öffentlichen Verwaltung.

Kann gebe der freien Wirtschaft, dem deutschen Erwerbsgärtner wie die Aufträge, was unterlässe jeglichen Verkauf an Private, an Vereine, Angestellte und Arbeiter — aber auch an Stadtverordnete! — und der selbständige Gartenbau wird wieder in der Lage sein, die gärtnerischen Arbeitnehmer zu beschäftigen und sie angemessen zu entlohnen.

Man kann nicht einmünden, daß es sich um Einzelerscheinungen handelt, die einmal diesen oder jenen Betrieb treffen, oder mehr oder weniger nur bestimmte Berufsgruppen angehen, — nein, auf dem Wege dieser Entwicklung wird unangenehm der gesamte Berufsstand erfaßt und seiner Selbständigkeit beraubt. An die

Stelle des selbständigen Betriebes tritt der Wirtschaftsbetrieb der öffentlichen Verwaltung — Gartenbau wird eine öffentliche Angelegenheit. Das ist nicht nur eine Angelegenheit des Berufsstandes, sondern eine Frage von erheblicher volkswirtschaftlicher Bedeutung. Sind doch im Gartenbau, nach einer Erhebung von 1925, nicht weniger als 203.442 Personen beschäftigt mit rund 30.000 selbständigen Gärtnereien.

Die Bedeutung dieser Zahl erhält aus einem Vergleich mit anderen Berufsgruppen: es sind beschäftigt, beispielsweise in der Kraftwirtschaft rund 100.000, im deutschen Kraftfahrzeugbau rund 80.000, im Eisenbahnbau rund 50.000 Personen, kein Beruf erreicht aber auch nur annähernd einen so hohen Prozentsatz Selbständiger wie der Gartenbau, und kein Beruf dürfte infolgedessen einen gleichen Rupeeffect mit einem gleich geringen Kapitalaufwand erzielen. Beträgt doch der Wert der Produktion dieser rund 200.000 Menschen nicht weniger als den gesamten Produktionswert des deutschen Eisenerzbergbaus, nämlich rund zwei Milliarden Reichsmark im Jahre. Daß der Gartenbau in der öffentlichen Verwaltung keinesfalls die höchste Intensivwirtschaft erreichen kann, ist jedem Kenner der Verhältnisse klar. Was das aber in dem Kampf des deutschen Gartenbauers gegen die an sich so begünstigte ausländische Konkurrenz bedeutet, ist bei den bekannten Einfuhrziffern von so erheblicher Bedeutung für die gesamte deutsche Wirtschaft, daß das ganze Volk ein Interesse an der Erhaltung eines gefunden, selbständigen deutschen Gartenbaus haben sollte.

Es gilt daher, zunächst einmal die Gleichgültigkeit gegenüber dieser Entscheidung zu bekämpfen bei unseren eigenen Berufsgruppen sowohl wie in der Öffentlichkeit. Dazu ist die Mitarbeit aller Berufsgruppen und -kreise erforderlich. Der Kampf gilt nicht Personen, sondern dem System! Aber dieser Kampf ist nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern in hohem Maße ein politischer, denn Endziel aller wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand ist — bewußt oder unbewußt — die Sozialisierung. Der Weg geht klar und eindeutig über Gemeinwirtschaft, Kommunalkultur und Sozialisierung zum sozialistischen Klassenstaat. Es erscheint daher als eine Pflicht der Selbsterhaltung, sich hinsichtlich dieser in diesem Kampf und nicht tatenlos beiseite zu stellen und zu schimpfen.

Darum hinein in die Parteien, aktiv mitarbeiten, die Öffentlichkeit bekanntmachen mit den Vorgängen, die uns bedrohen, und unser Recht auf Erhaltung der selbständigen Existenz anmelden, das ist die Forderung des Tages! Kein Berufsgruppe darf sich dieser Aufgabe verweigern. Nur wer sich selbst aufgibt, ist verloren! Es gilt, einen guten Kampf zu kämpfen für Beruf, Familie, Volk und Vaterland.

(Der gleichzeitig gehaltene Vortrag des Landtagsabgeordneten Dannenberg wird in der Zeitschrift des Reichsverbandes deutscher Blumengärtnereibereiter veröffentlicht werden.)

Aus der Reichsarbeitsgemeinschaft Neugründungen

Mitburg. Obstverwertungsgenossenschaft, e. G. m. b. H. Zweck des Unternehmens: Gemeinschaftliche Verwertung der von den Mitgliedern gelieferten Erzeugnisse des Obstbaues, die Hebung und Förderung des Obstbaues.

Donaueschingen. Obstverwertungsgenossenschaft Donaueschingen, e. G. m. b. H.

Eppingen. Obstverwertungsgenossenschaft Eppingen, e. G. m. b. H.

Reichelsleben (Thür.). Thür. Konjunkturfähigkeit der Gemüse- und Obstverwertungsgenossenschaft, e. G. m. b. H.

Wiesbaden. Obstverwertungsgenossenschaft, e. G. m. b. H. Gegenstand des Unternehmens ist die Verwertung des Obstes und der aus Obst gewonnenen Erzeugnisse.

Rasmussens Spezialkienteer

das altbekannte, wasserunlösliche, helle, ölige pflanzenunschädliche Holzschutzmittel als säurefreies Nadelholzprodukt auch bestbewährt zum Versprechen von Baumwunden u. Schnittwunden. Fordern Sie Prospekt mit Gutachten von Rasmussen & Co. Nachf., Hamburg 13.

Traube's Pflanzenballen-Maschine

am rentabelsten. Wilhelm Traube, Gartenbau Groß-Weigelsdorf, Nr. 9. 0. 1. 8.

Dohrn's Vierkantpapptopf Dohrn's Reihenplanter

Für Blumen- und Gemüsepflanzen unentbehrlich. So urteilen führende Fachleute: „Ohne Reihenplanter nicht mehr konkurrenzfähig“. Gutachten und Prospekt postfrei. P. M. Dohrn Nachf., Wesselburen 3

General-Vertrieb f. Brandenburg! Fensterwinkel

„Oekonom“ D. R. G. M. Kein Weiterfallen des Holzes, da das Wasser durch die Löcher abzieht. Unvorwärtlich. Tausendfach bewährt. Schwarz lackiert 100 St. 25, 50 M., 10 St. 2,90 M., verzinkt 100 St. 35 M., 10 St. 4 M.

Bindfaden in aus reinem Hanf, imprägniert, keimfrei, zum Herstellen von Strohddecken, zum Flechten

2fach, 2. Aufzug 3fach Kordel, 1 Rolle = 1 Pfd. 1,25 M., 1 Postkoffer = 6 Roll. 2fach u. 3 Roll. 3fach 11 M., 10 kg 23 M., 25 kg 60 M. Verp. frei. Groß-Posten briefl.

Albert Treppens & Co., Berlin SW, Lindenstr. 13.

Tel.: Cönnhoff 9300. Postschekkn. Berlin 154 80.

Kohlensäure-Begasung

nach Dr. Reimann. Verein für chem. Industrie A. G., Frankfurt a. M.

Wald. Ein- und Verkaufsgenossenschaft der Gemüsegärtner von Wald und Ung., e. G. m. b. H.

Nahede (Ostb.). Interessengemeinschaft ostbayerische Gemüse- und Obstgärtner, e. V.

Wesel. Landwirtschaftliche Verwertungsgenossenschaft Hindern-Ringen, e. G. m. b. H. Gegenstand des Unternehmens ist die Erzeugung landwirtschaftlicher und gärtnerischer Erzeugnisse, insbesondere Gemüse, Obst, Eier, Bienen, als gemeinschaftliche Sammelstelle und deren Absatz in Verbindung mit den in Frage kommenden Kreis- und Provinzialzentralen.

Welling Wesel. Zweck der Genossenschaft: Erzeugung landwirtschaftlicher und gärtnerischer Erzeugnisse, insbesondere Gemüse, Obst, Eier usw. als gemeinschaftliche Sammelstelle und deren Absatz.